



Vier Tage nach der Bundestagswahl:

Kasseler Richter sprechen nicht im Namen des Volkes!

Wer noch Hoffnungen hatte, die Kasseler Richter würden im „Namen des Volkes“ sprechen, sieht sich nach der Anordnung des sofortigen Vollzugs zum Bau der Startbahn/West bitter enttäuscht. Nun besteht kaum mehr ein Zweifel, wie das Urteil am 21. Oktober aussehen wird. Die Justiz gibt den Herrschenden im Lande „Recht“. Die Meinung der Betroffenen gilt dort nichts, die 40.000 Protest-Unterschriften der „kleinen Leute“ werden unter den Tisch gekehrt.

Schon spürt man hier und da, wie sich einige auf die neue Lage einstellen. Die Flörsheimer CDU-Mehrheit verscheuert den Wald, einige Privatkläger, darunter der Rechtsvertreter des Kreises, Reinhold Grohmann, ziehen ihre Klage zurück und lassen sich die Kosten von der FAG erstatten — und einige örtliche Vertreter der Landtagsparteien stricken auch schon an einer neuen Argumentation für die Zeit nach dem Urteil.

Bleibt die Frage: Ist jetzt alles verloren — ist das Ende des Prozesses das Ende unserer Möglichkeiten, die neue Startbahn zu verhindern?

Zunächst, wir haben den Eindruck, daß immer noch nicht alle Bürger unserer Stadt wissen, was auf sie zukäme, wenn die Startbahn gebaut würde. Da ist ja nicht nur die Waldzerstörung, der Verlust von 570 Hektar gesundem Wald, der als Luftfilter und Wasserspeicher unersetzlich ist. Der Flughafen an sich mit seinem Lärm, Krach und seinen Abgasen würde in die unmittelbare Nähe unserer Stadt rücken. Vor allem die westlichen Stadtteile würden stark darunter leiden. Bei vielen Häusern würde eine Minderung des Wohnwertes eintreten, die Sportanlagen in Walldorf und Mörfelden würden außerordentlich belastet. (In diesem Zusammenhang gesehen, ist die politische Abstinenz des Vorsitzenden der SKV kaum verständlich.)

Aber, da gibt es in unserem Land eine fatale Erscheinung: viele Betroffene werden erst wach und zornig, wenn das Kind in den Brunnen gefallen ist. Die Bürger, die seit vielen Monaten aktiv gegen die Startbahn/West kämpfen, brauchen den Zorn und das Engagement der Betroffenen aber jetzt. Jetzt, in den kommenden Wochen kommt es

darauf an, daß alle da sind, wenn die Holzfäller-Kolonnen anrücken. Nur, wenn Tausende Bürger, alte und junge, Männer und Frauen, gewaltlosen Widerstand leisten, wenn sie einfach da sind, wenn es losgeht — besteht eine Chance, dieses historische Umweltverbrechen zu verhindern.

Rudi Hechler

Hungerstreik im Rathaus!

Am 16. Oktober 1980 begannen im Rathaus Mörfelden Mitglieder der Parteienaktionsgemeinschaft gegen Flughafenerweiterung (SPD, CDU, DKP, FDP) einen befristeten Hungerstreik gegen die Startbahn/West-Pläne der Landesregierung.

Im Aufruf hierzu heißt es:
„Übt Solidarität! Protestiert in Wiesbaden gegen das geplante Umweltverbrechen!“

Erleichterung und Sorge

Die Bundestagswahl liegt hinter uns. Die DKP teilt die Erleichterung aller Demokraten unseres Landes darüber, daß Strauß eine Niederlage bereitet wurde. Die Mehrheit der Wähler hat sich für die Parteien der Regierungskoalition, für SPD und FDP, entschieden, weil sie Strauß eine Absage erteilen wollten. In der großen Auseinandersetzung um Krieg oder Frieden, die die meisten Wähler bewegte, sah die Mehrheit in Bundeskanzler Helmut Schmidt den gemäßigeren, den vernünftigeren Politiker. Die arbeitenden Menschen können bei aller Erleichterung über die Niederlage von Strauß nicht darauf hoffen, daß die Rechtsentwicklung gestoppt sei, daß von der Regierung Anstöße zur Abrüstung, gegen die Stationierung von neuen amerikanischen Atomraketen, zur Bekämpfung der sozialen Demontage, zur Sicherung demokratischer Rechte und Freiheiten ausgehen werden. Das ist um so weniger zu erwarten, als schon im Wahlkampf alle im Bundestag vertretenen Parteien darin übereinstimmten, die Krisen- und Rüstungslasten dem Volke weiterhin aufzubürden und die demokratischen Rechte und Freiheiten einzuschränken. Deshalb kommt es mehr denn je darauf an, auf die eigene Kraft zu bauen und selbst zu handeln, zumal nunmehr die Kräfteverschiebung innerhalb der Regierungskoalition durch die Stimmengewinne der FDP als Vorwand dafür herhalten wird, insbesondere gewerkschaftliche Forderungen zurückzuweisen. In unserer Stadt ge-

wann die FDP 627 Stimmen. Dieser Stimmenzuwachs stärkt Startbahn-Karry den Rücken. Stimmen für die FDP sind auch Stimmen für einen reaktionären Graf Lambsdorff, der schon wenige Stunden nach der Wahl „seine“ arbeiterfeindlichen Forderungen auf den Tisch legte: „Keine Absicherung der Montanmitbestimmung, kein Verbot der Aussperrung, keine Festschreibung der 40-Stunden-Woche (von der 35-Stunden-Woche ganz zu schweigen).“ Die Stimmen für die „Grünen“, in Mörfelden-Walldorf erreichten sie 4,7 % der Erststimmen, zeigen, daß sich nicht wenige Wähler gegen die Arroganz der Bonner Parteien, gegen ihren Alleinvertretungsanspruch wenden. — Dieser hohe Stimmenanteil ist vor allem auch ein Protest gegen die Startbahn/West-Pläne. Die DKP hat einen aktiven Wahlkampf geführt und als Arbeiterpartei die linke, die sozialistische Alternative vertreten. Sie hat Antworten auf die Lebensfragen unseres Volkes gegeben. Die DKP hat zur Entwicklung demokratischer Aktivitäten und demokratischen Bewußtseins beigetragen und Anteil an der Niederlage von Strauß. Unser Wahlkampf war nützlich und sinnvoll, auch wenn es bundesweit nicht gelungen ist, den Stimmenanteil zu halten. Angesichts der Tatsache, daß für die meisten Wähler eine personelle Alternative Schmidt oder Strauß im Vordergrund stand, geben auch bei uns viele, die der Politik der DKP Sympathie ent-

gegenbringen, aus Sorge vor einem Bundeskanzler Strauß ihre Stimmen der SPD. Vor allem in Mörfelden konnten wir oft hören: „Diesmal wähle ich die SPD, bei der Kommunalwahl selbstverständlich die DKP!“ Darüber hinaus sah sich unsere Partei einer massiven antikommunistischen Verketzerung ausgesetzt. Gegen die DKP wirkte das Klima der Diskriminierung durch die Berufsverbote, die sich selbst gegen Bundestagskandidaten richtete. Hinzu kam die nahezu totale Ausschaltung aus den Massenmedien und die vor allem von der SPD-Führung verbreitete Auffassung, eine Stimme für die DKP sei in Anbetracht der 5 %-Klausel eine verlorene Stimme. Daß wir in unserer Stadt trotzdem 73 Erststimmen hinzugewannen, freut uns. Wir bedanken uns herzlich bei allen unseren Wählern.

DKP-Mörfelden-Walldorf



Windei

Die SPD-Fraktion hatte einen Prüfungsantrag gestellt, der die Mörfelder Kerb in die Altstadt (Langgasse) verlegen sollte. Bei einer Befragung der Anwohner war aber eine große Mehrheit gegen eine Verlegung. So bleibt alles beim Alten.

Die Kerb war ursprünglich am Dalles. Die Notwendigkeit zum Anlegen eines Festplatzes war damals gegeben, um aus der räumlichen Enge herauszukommen. Mit der Bebauung der Gebiete hinter der Bahn wurde der Platz zunehmend zentraler. Und trotzdem ist er so gelegen, daß er am wenigsten Anwohner stört. Im Ausschuß mußte sich der DKP-Vertreter auf Bedenken wegen der Umleitung des Verkehrs, der Enge und der Lärmbelästigung sagen lassen, daß die SPD ganz verwundert sei, denn gerade die DKP würde doch „so oft in Nostalgie schwärmen“.

Inzwischen hat auch die SPD eingesehen, daß sie schief lag und undurchdacht einen Antrag formulierte. Sie hat ihren Antrag zurückgezogen.

Wir meinen, sollte es einmal soweit sein, daß der Hof des „Goldenen Apfel“ gestaltet ist, wäre dort ein Altstadtfest eine willkommene Gelegenheit, um den Bürgern die Altstadt als Zentrum der Geselligkeit und Kommunikation darzustellen.

Mit Steuergroschen bezahlte Wahlwerbung

In diesen Tagen erhalten die Bürger unserer Stadt die „Stadtinformationen“, ein 120-Seiten starkes Buch. Vorab muß man anmerken, daß uns in diesem Buch vieles gut gefällt. Die Würdigung der Vereine, die Stadtgeschichte, der Adressenservice, die Daten, Zahlen und Fakten — aber es gibt noch eine andere Seite. Die Grundfehler der hiesigen SPD-Führung in Vergangenheit und Gegenwart, scheint uns, liegen darin, daß sie alles, was in der Stadt geleistet wird, prinzipiell auf ihre Fahne heftet. Diesen schlechten Stil spürt man auch in den „Stadtinformationen“. Zu kritisieren gibt es hier aber noch mehr:

Da wird unkritisch beim Thema Haushalt und Steuern festgestellt: „Die Richtung stimmt.“ Kein kritischer Satz darüber, daß wir uns bereits in diesem Jahr für 5,1 Millionen DM neu verschulden mußten.

Da wird das städtische Kulturprogramm gelobt, aber unterschlagen, wer bisher und ständig die meisten Vorschläge machte.

Da wird der Kanalverbund, das 18-Millionen-Ding, als „wirtschaftliche Lösung“ gefeiert, aber kein Zweifel wird geäußert, ob man für dieses Geld nicht in Walldorf die Kläranlage hätte modernisieren können. (Daß es auf diesem Sektor gerade unverschämte Gebührenerhöhungen gab, fehlt selbstverständlich auch.)

Da werden „Telefonzuschüsse“, „Essen auf Rädern“ und der „Kinderhort“ lobend erwähnt, aber kein Satz gesagt, über die vielen DKP-Anträge und -initiativen, die zu diesen Einrichtungen führten.

Da heißt es wörtlich: „Jugendpolitik hat in Mörfelden-Walldorf einen hohen Stellenwert.“ Wir würden, angesichts der jüngsten Entwicklung, die nicht nur durch Geldmangel, sondern auch durch Konzeptionslosigkeit gekennzeichnet ist, das Gegenteil behaupten.

Da heißt es vom „Amt für Soziales“, dort würde man mit „Liebe und Sachkenntnis“ den Bürgern entgegenkommen. Wir haben da einige andere Erfahrungen von Wohnungssuchenden Bürgern gehört. So könnte man seitenlang fortfahren.

Am interessantesten wird es aber, wenn der Bürgermeister erscheint. Gleich sechzehn Brehl-Fotos zählten wir „auf die Schnelle“ und ebensooft wird er zitiert: „Er tritt für eine konsequente Politik ein“, „erklärte schon vor Jahren“, „gibt zu überlegen“, „gelangt zu der Auffassung“, „hebt hervor“, wird zitiert, und zitiert und aufgebaut. Verständlich — er ist ja der Spitzenkandidat der SPD für die Kommunalwahl '81.

Nur hat die Sache aber einen Haken, die-

ses Bürgermeister-Jubel-Buch wird mit unseren Steuergeldern bezahlt. Und das nicht so knapp — 60.000 DM kostet es. Das scheint uns aber, angesichts der Finanzlage unserer Stadt, angesichts der Gebührenerhöhungen am laufenden Band, doch ein „dicker Hammer“. Damit wir nicht falsch verstanden werden. Wir haben prinzipiell nichts gegen einen Rechenschaftsbericht der

Stadt am Ende der Legislaturperiode. Ein Bericht, der die Leistungen aller Parteien würdigt, der die städtischen Einrichtungen vorstellt und bekanntmacht. (So etwas kann man mit 10.000 DM gut herstellen.) Eine, wenn auch geschickte, Bürgermeister-Wahlwerbung in diesem Umfang ist jedoch eine Zumutung für alle Bürger, die dafür Steuern aufbringen müssen.



Bei der Stadtverordnetenversammlung im September protestierten zahlreiche Jugendliche mit Transparenten gegen die Schließung des Jugendzentrums in Mörfelden. Die Schließung, vom Magistrat verfügt, erfolgte wegen der prekären Personalsituation.

Erklärung der DKP zur Schließung des Jugendzentrums

Die Jugend nicht vor der Tür stehen lassen!

Die DKP-Fraktion protestiert entschieden gegen die Schließung des Mörfelder Jugendzentrums. Die JUZ-Schließung in einer nicht unkomplizierten Situation ist kein Ausweg, aber ein Hinweis dafür, daß der Magistrat die Jugendarbeit nicht ernst genug nimmt.

In der Vergangenheit gab es einen langen Kampf der Jugend, bis dieses Haus überhaupt eröffnet werden konnte. In den folgenden Jahren hat die Jugend viel geleistet, das können nicht zuletzt die Stadt und viele Eltern bestätigen. Dafür ist Anerkennung nötig.

Aber das Gegenteil geschieht jetzt: man läßt die Jugend vor der Tür stehen. Verantwortlich an der jetzigen Situation ist zweifellos die Finanznot unserer Stadt, aber auch die Konzeptionslosigkeit auf dem Rathaus.

Die DKP-Fraktion fordert:

1. Die sofortige Wiedereröffnung des Mörfelder JUZ. (Bis neue Fachkräfte eingestellt sind, muß man andere Möglichkeiten der Hilfe und der Aufsicht finden.)
2. Es sind jetzt außerordentliche Bemühungen notwendig, um ausgebildete Sozialarbeiter einzustellen.
3. Im Mörfelder JUZ müssen sofort die räumlichen Voraussetzungen für die Arbeitsgruppen-Tätigkeit geschaffen werden. (Notwendig ist die Teilung des Saales, die Schaffung von zwei Gruppenräumen, evtl. durch Anbau.)
4. In Walldorf muß dringend ein Jugendzentrum erstellt werden, in dem wirkliche Jugendarbeit geleistet werden kann.
5. Die Vertreter der Stadt, die neuinstallierten Sozialarbeiter und die Jugend müssen unverzüglich gemeinsam Freizeitprogramme für die Herbst- und Winterarbeit entwickeln.

Auftakt

Am 1. Oktober 1980 wählte die DKP Mörfelden-Walldorf ihre Kandidaten zur Kommunalwahl 1981. Stadtverordneter Heinz Hechler hielt das Referat, aus dem wir nachfolgend Auszüge abdrucken.

Eine wichtige Aussage kommunistischer Kommunalpolitiker heißt: Die **große** und die **kleine** Politik gehören zusammen — wenn „oben“ das Geld falsch ausgegeben wird — dann fehlt es „unten“ in den Städten und Gemeinden. So logisch diese einfache Wahrheit ist — wenn wir sie im Stadtparlament ansprechen, dann heißt es meist: „Das gehört nicht hierher!“ Die Frage, ob wir morgen unsere Abfälle ordentlich beseitigen können, ob wir genügend und preiswertes Trinkwasser haben, ob wir ordentliche Verkehrsregelungen finden, ob genügend für die Alten und Jungen getan wird, ob Gesundheitsfürsorge, Bildung, Sport, Freizeit zeitgemäß sind, ja selbst die Frage — wie hoch sind die Bestattungsgebühren — hängt vor allem damit zusammen, welche Politik in Bonn und Wiesbaden gemacht wird. Wir werden deshalb nicht verzichten, auch im kommenden Wahlkampf diese Grundsatzfrage anzusprechen.

Mehr Geld für den sozialen Wohnungsbau notwendig

Große Bedeutung erhält unsere Forderung nach der Wiederankurbelung des sozialen Wohnungsbaus, das heißt die staatliche Förderung des Baus von Wohnungen, deren Mieten von den arbeitenden Menschen auch bezahlt werden können. Angesichts der Tatsache, daß es in der Bundesrepublik bereits ein Defizit von über eine Million Wohnungen gibt und daß sich dieses Defizit zur Zeit jährlich um 100.000 weitere Wohnungen vergrößert, ist die Wiederankurbelung des sozialen Wohnungsbaus nicht nur notwendig, um die Konjunktur anzukurbeln. Es handelt sich hier um ein grundlegendes soziales Problem, dessen Lösung ohne weitere Verzögerung unbedingt in Angriff genommen werden muß. Wir haben bewußt in unserem Programmentwurf für Mörfelden-Walldorf dem The-

ma „Wohnen“ einen wichtigen Platz eingeräumt. Wir werden in diesem Kommunalwahlkampf deutlich machen, wir brauchen mehr Mittel, für die Gesundheitsfürsorge, die Altenpflege. Wir brauchen mehr Geld für die Entwicklung des Nahverkehrs, für den Umweltschutz. Und wir werden es stets wiederholen: Für die Finanznot gibt es eine Hauptursache. Wir haben kein Geld, weil 53 Milliarden für die Rüstung ausgegeben werden, weil der „Tornado“ ins Geld läuft, weil man den Reaktionären in der Türkei und Pakistan das Geld in den Rachen schiebt, weil wir ein Steuersystem haben, das die Reichen bevorzugt, weil wir Millionen an die EG zahlen, damit Lebensmittel vernichtet werden, weil es nur beim Lohnsteuerzahler „Gläserne Taschen gibt — nicht aber für die Großunternehmen.

Jugendforderungen müssen auf den Tisch

Von den systembedingten Krisenerscheinungen ist besonders die Jugend betroffen. Gerade hier haben wir hohe Arbeitslosenzahlen, fehlen Ausbildungsplätze, gibt es zu wenig Jugendzentren, werden andere aus Geldmangel und Konzeptionslosigkeit geschlossen. Im Mittelpunkt unseres Kommunalwahlkampfes müssen auch diese Fragen stehen.

Die großen Umweltzerstörer beim Namen nennen

Einen ähnlichen hohen Stellenwert wird bei diesem Kommunalwahlkampf der Kampf gegen die Umweltzerstörung erhalten. Hier gibt es seit 1977 viele neue schlimme Vorkommnisse. Wir nennen stellvertretend nur die Umweltskandale von Merck und Hoechst und die Zuspitzung um die Pläne einer Startbahn/West in diesem Raum. Unsere Partei hat in den vergangenen Jahren im Kampf gegen die großen Umweltzerstörer ihren Mann gestanden. Wir brauchen keine Umweltschutzpartei — wir sind eine. Nicht von ungefähr ging der Kampf gegen die Startbahn/West gerade von unserer Stadt aus. Nicht von selbst entstanden hier die neuen und breiten Formen des Widerstandes. Da gibt es eben mittlerweile fast hundert „blickpunkt“-

Artikel zu diesem Thema, da gibt es eine DKP-Flughafen-Dokumentation, Hunderttausende DKP-Flugblätter und zahlreiche DKP-Aktionen zum gleichen Thema.

Alle unsere Mitglieder haben einen entscheidenden Beitrag zu dieser Volksbewegung geleistet. Wir stehen in allen unseren Parteigliederungen, vom Parteivorstand in Düsseldorf bis zum kleinen Ortsvorstand Mörfelden-Walldorf geschlossen und einmütig gegen dieses geplante Umweltverbrechen. Wenn dort die Landschaft zerstört wird, dann wird noch mehr zerstört. Wer wundert sich noch, wenn Partei- und Staatsverdrossenheit zunehmen, wenn die nach 1945 so mühsam entstandenen Ansätze demokratischen Bewußtseins, von Toleranz, von „Aufeinanderhören“, zerstört werden. Wenn 40.000 Unterschriften einfach in den Reißwolf geworfen werden. Wen wundert, wenn diese schlimme Resignation: „die da oben machen ja doch, was sie wollen“, sich immer mehr verbreitet, wenn demokratisches Engagement verkümmert. Hier haben die Parteien vor Ort einen großen historischen Auftrag — künftig müssen alle Kommunalpolitiker dieser Stadt danach gemessen werden, ob sie bei den kommenden Kämpfen gemeinsam mit der Jugend, mit allen aktiven Verteidigern des Waldes vor den Bulldozern stehen oder ob sie nur erzürnt die Ereignisse in der „Hessenschau“ verfolgen.

Die Sozialdemokraten haben die größte Verantwortung

Wir haben nur noch wenig Zeit und wenig Möglichkeiten. Aber es gibt noch einige Eisen, die im Feuer liegen. Man muß es ganz klar sehen: Wenn die Startbahn/West in der Landeshauptstadt von CDU, FDP und SPD auch gleichermaßen gefordert wird, haben die Sozialdemokraten jedoch die größte Verantwortung. Die SPD sitzt in Wiesbaden am entscheidenden Hebel. Von den Sozialdemokraten muß jetzt mehr Druck kommen. Wenn ihre Parteioberen die Startbahn/West jetzt endgültig durchsetzen wollen, müssen andere, stärkere Maßnahmen erfolgen. Eine Kiste zurückgegebener Parteibücher würde aufschrecken lassen. Der Rücktritt von Landrat und Bürgermeistern hat Wirkungen. Das Ankündigen des Boykotts einer ganzen Region bei den Kommunal- und Landtagswahlen, der Rücktritt von Mandatsträgern würde nicht übersehen werden. Die Bürger dieser Region werden die örtlichen Vertreter

der Landtagsparteien künftig auch danach beurteilen, ob sie an ihren Sesseln kleben oder ob sie die Brocken hinschmeißen.

Bei uns gibt es keine Hinterbänkler

Wenn wir uns die Kommunalarbeit unserer Partei in den vergangenen Jahren ansehen, dann können wir mit Stolz sagen, wir haben im Interesse der arbeitenden Menschen dieser Stadt gut gekämpft.

Unsere Arbeit wird auch von politischen Gegnern anerkannt, wir sind linke Opposition, konstruktive Kraft.

Das wir nur mit drei Stadtverordneten unverhältnismäßig viel erreicht haben, hängt sicher damit zusammen, daß diese drei auch unverhältnismäßig mehr ran müssen. Bei uns gibt's halt keine Hinterbänkler!

Entscheidend ist aber etwas anderes! Entscheidend ist, daß wir im Parlament und außerparlamentarisch wirken. Unser „blickpunkt“ multipliziert die Arbeit der drei.

Natürlich ist es nicht einfach, finanziell und vom Arbeitsaufwand her, monatlich zwei Zeitungen für die Gesamtstadt zu machen. Aber wir machen damit auch Meinung, verändern das Denken, bereiten Stadtverordneten-Sitzungen vor und beeinflussen die Diskussion auch in den anderen Fraktionen. Das ist unsere Stärke – und das macht uns keiner nach!

Es gibt viele Beispiele für das erfolgreiche Wirken der DKP-Fraktion:

Im Januar 1977 unterschrieben der Bürgermeister und der 1. Stadtrat noch Betriebsbriefe an die örtlichen Betriebe – der „blickpunkt“ griff die Sache auf – machte Dampf – wir sind sicher, das wiederholt sich nicht!

Oder nehmen wir den geplanten Bau einer Grenzschutz-Kaserne, die Mitteldorf-Wünsche. Wir wissen, so manches wäre anders verlaufen ohne die DKP-Fraktion und den „blickpunkt“. Und selbst da, wo wir uns im Grunde nicht durchsetzen konnten: – bei unserem Antrag zur Fusionsaufhebung – hatten wir doch einen großen historischen Erfolg: die ehemaligen Stadtnamen wurden erhalten. Wenn wir uns ansehen, was wir mit der Herausgabe unserer Bücher, der vielen Kalender, der unzähligen alten Fotos und Zeichnungen erreicht haben – ist auch hervorzuheben: es gibt ein besseres Verständnis für die Bewahrung von Erhaltenswertem.

Statt „geballter Finanzkraft“ – „geballte Schuldenlast“

Ganz wichtig ist auch, daß zunehmend bei den Sozialdemokraten darüber nachgedacht wird, wie denn nun die Finanz-

misere der Städte zu verändern ist. Und es gibt hier zweifellos Ansätze zu neuen Gedanken, die unseren gleichen. Die dumme SPD-Fusionseuphorie von der „geballten Finanzkraft“ ist jedenfalls endgültig passé. Die Beseitigung der „geballten Schuldenlast“ braucht unsere gemeinsamen Anstrengungen.

Auf die vielen DKP-Anträge und Anfragen im Parlamentsalltag der letzten Jahre möchte ich hier nicht eingehen. Wir haben wie selbstverständlich konstruktiv mitgearbeitet. Nur einen Punkt möchte ich ansprechen, weil er uns sehr am Herzen liegt.

Wir sind sehr froh, daß auf unsere Initiative Gedenkstätten gegen Faschismus und Krieg errichtet wurden, wir freuen uns über die Thälmann-Straße in Mörfelden. Damit werden wichtige Zeichen gesetzt, in einer Zeit, in der erneut der Neonazismus sein Haupt erhebt, in der mit Hetze gegen ausländische Kollegen sogar Wahlkampf geführt werden kann. Wir bedanken uns in diesem Zusammenhang ausdrücklich bei jenen sozialdemokratischen Kollegen, die helfen, unsere Vorschläge zu realisieren.

Ein Antikommunist isoliert sich

Zum Schluß möchten wir einige Bemerkungen machen zu aktuellen Parteiaussagen in unserer Stadt. Der CDU-Sprecher im Stadtparlament, ein Mann, der mal ausrief: „Ich bin ein stolzer Antikommunist“, meinte jetzt, „es sei Ziel seiner Partei, die DKP aus dem Parlament zu drängen“. Wir glauben's dem Hugo Jung gern, wir wissen aber, daß nicht alle CDU-Kollegen seinen scharfmacherischen Standpunkt einnehmen. Hugo Jung wird mit seinem ständigen Konfrontationskurs in die Isolation treiben. Aber das ist nicht unsere Sache. Schlecht ist nur, wenn die ständigen Jung-Provokationen, die Parlamentsarbeit behindern. Der Stadtverordnetenvorsteher hätte hier eine dankbare Aufgabe, wenn erkünftig die üblichen Auseinandersetzungen im „Jung-Keime“ verhindern würde.

FDP im neuen Gewand?

Eine neue Erscheinung wollen wir noch kurz ansprechen. Die „startbahngeschädigte“ FDP hatte einen Gedanken – sie will sich u.a. zur Kommunalwahl '81 als „liberale Liste“ maskieren. Dazu muß man prinzipiell sagen, die FDP bleibt wie die CDU eine Partei des „Großen Geldes“. Ihre ehemaligen Parlamentsvertreter in dieser Stadt waren diejenigen, die ohne Zaudern für Gebührenerhöhungen und „kostendeckende Ge-

bühren“ gekämpft haben. Den progressiven Anhängern und Mitgliedern der FDP in unserer Stadt ist zu raten, daß sie aktiv bei den Bürgerinitiativen mitkämpfen – dort hat man bisher allerdings kaum jemand von ihnen gesehen. Sollte es zu dieser Liste kommen, werden wir nach dem Hinterland fragen und sie im „blickpunkt“ auf den harten Prüfstand stellen.

Viel mehr Sorgen machen uns Überlegungen in Bürgerinitiativen im März zu kandidieren. So etwas kann der DKP Stimmen kosten. SPD und CDU würden sich freuen, eine wirkliche Arbeiteropposition, die DKP, die mittlerweile über viele Erfahrungen verfügt, wäre geschwächt. Geschadet hätte man auch der politischen Kraft, die im Parlament und außerparlamentarisch am entschiedensten den Kampf gegen die Startbahn/West führt. Dieses Argument bitten wir ernsthaft überall zu bedenken. Wir verstehen die Enttäuschung vieler junger Menschen, sind aber sicher, eine Kandidatur zu einem Parlament, in dem ökologische Fragen übrigens ja nicht ständig auf der Tagesordnung stehen, wäre falsch. Damit würden die geschwächt, die seit Jahren konsequent den Kampf gegen Hauptzerstörer unserer Umwelt, die Großkonzerne, führen.

DKP in den Magistrat – damit man draußen sieht, was drinnen vorgeht!

Eine Aufgabe in diesem Kommunalwahlkampf wird Kampfaufgabe: Die DKP muß in den Magistrat!

Wir haben es in den letzten 12 Jahren, in denen Kommunisten, erst in Mörfelden, dann in der Gesamtstadt, wieder im Parlament mitarbeiten, erlebt, daß dieses kommunale Geschehen für die Bürger interessanter, transparenter, geworden ist.

Es gab wieder eine wachsame Opposition. Aber im Magistrat hat sich nichts verändert. Nach wie vor sitzt hier die SPD und die CDU zusammen und keiner weiß, was in den veröffentlichten Magistratsprotokollen **nicht** drinnensteht. Eine DKP-Mitarbeit im Magistrat würde der arbeitenden Bevölkerung Vorteile bringen.

Wenn wir seither sagten: „unbestechlich, konsequent – DKP ins Parlament!“ so gilt dies künftig auch für angestrebte Mitarbeit in der „Stadtregierung“. Dieses Ziel wird große Anstrengungen kosten, wir brauchen dazu den Einsatz aller Mitglieder und die Unterstützung der Bevölkerung in diesem Kommunalwahlkampf. Wir brauchen viele neue Ideen, wir müssen kämpfen – wir werden Erfolge haben!

Den Drahtziehern das Handwerk legen!

Trauer über den Tod von unschuldigen Menschen, die in München einem Bombenattentat zum Opfer fielen. Mitgefühl mit den Verletzten, den Hinterbliebenen. Und Empörung über die Schamlosigkeit, mit der alle Parteien des Bundestages, alle Verantwortlichen über die Ursachen dieses scheußlichen Verbrechens hinweggingen.

Die Nazigruppe Hoffmann ist seit 1973 bekannt. Erstmals lehnten es 1974 die bayerischen Sicherheitsbehörden ab, ein Ermittlungsverfahren gegen die Totschlägerbande einzuleiten. 1975 wurde Hoffmann in einem Gerichtsprozeß freigesprochen. Und noch 1978 — vor zwei Jahren — erklärte der bayerische CSU-Innenminister, er sehe in der Wehrsportgruppe „keine Gefährdung unseres Rechtsstaates“. Und die bayerische Polizei nannte eine der vielen militärischen Übungen der Nazis ein „Kasperle-Spiel“!

In den jährlichen Berichten des Verfassungsschutzes wurden die Neonazis ständig verharmlost. Ihre Bedeutung sinke, sie stellten keine Gefahr dar, so war Jahr um Jahr zu lesen ... umso heftiger nahmen diese Berichte gegen Kommunisten, Sozialisten, Demokraten Stellung. Umso heftiger wurden Berufsverbote verhängt, wurden Betriebsräte bespitzelt.

Dafür wurden Kundgebungen der Neonazis von Polizei gegen demokratische Demonstranten geschützt. Dafür hetzten Strauß und andere immer hemmungloser gegen jugendliche Demonstranten, gegen Demokraten, gegen Linke. Und der Innenminister verbot schließlich vor Monaten erst die Wehrsportgruppe, aber die Attentäter, die Drahtzieher, die Hoffmänner blieben unbehelligt. Das ist die Atmosphäre, in der Nazis Bomben legen!

Die DKP fordert — und mit ihr Demokraten, Antifaschisten, Jugendverbände, Gewerkschafter — seit Jahren und wiederholt diese Forderungen angesichts der Opfer faschistischen Terrors:

- Verbot faschistischer und neonazistischer Organisationen!
- Auflösung der SS-Verbände und anderer nazistischer Vereinigungen!
- Entschiedener Kampf gegen die Rechtsentwicklung in unserem Land!

kommunalsplitter

Antrag der DKP-Fraktion
Die Mörfelder Stadtchronik wird bis Ende des ersten Quartals 1981 fertiggestellt.

Begründung:

Die Stadtchronik ist seit Jahren beschlossen und in Auftrag gegeben. Wie im Schlußbericht des Rechnungsprüfungsamtes für die Rechnungsjahre 1977/78 steht, hat die Stadt bereits 1976 Abschlagszahlungen an die Druckerei Winter, Darmstadt, in Höhe von 26.375 DM geleistet. Auf Anfragen in Ausschusssitzungen unsererseits wurde mit Achselzucken, Heiterkeit

und Vertröstungen reagiert. Aus Verantwortlichkeit, gegenüber dem Steuerzahler soll doch nun ernsthaft versucht werden, das Buch zur Vollendung zu bringen. Der hierbei anvisierte Spielraum von ca. einem halben Jahr dürfte angemessen sein.

In den Ausschusssitzungen wurde seitens der DKP betont, daß es endlich an der Zeit sei, Nägel mit Köpfen zu machen. Schließlich habe die Stadt eine Menge Geld ausgegeben und noch keine Leistung dafür erhalten. Der DKP-Antrag wurde bei der letzten Stadtverordnetenversammlung einstimmig angenommen.

Diktatur soll Nato-Südostflanke schützen

Wenige Stunden nach dem Putsch in der Türkei verteilte die DKP ein zweisprachiges Flugblatt mit nachfolgendem Wortlaut:

Freiheit für das Volk der Türkei!

In der Türkei herrscht das Kriegsrecht. Die faschistischen Putsch-Generale haben die Gewerkschaften verboten, die politischen Parteien aufgelöst, Demokraten und Gewerkschafter werden verhaftet. NATO-Panzer umstellen die Arbeiterviertel der Städte. Die faschistische Diktatur zerstört die Freiheits- und Menschenrechte des türkischen Volkes.

Die Deutsche Kommunistische Partei erhebt schärfsten Protest. Wir klagen an: Die Bundesregierung, die mit Milliarden und Waffen die türkischen Generale zum Putsch ermuntert hat. Den Bundesfinanzminister Matthöfer, der entgegen der Warnung des türkischen Oppositionsführers Ecevit vor einem drohenden faschistischen Putsch die Militärhilfe organisiert.

Die CDU/CSU, die durch ihren Sprecher Leisler Kiep erklärte, jetzt müßten Putschgenerale mit Militärhilfe weiter unterstützt werden.

Wir fordern von der Bundesregierung: Sofortige Einstellung jeglicher Zahlungen an die Türkei!

Sofortiger Stopp jeglicher Waffenlieferungen!

Verbot der faschistischen Terrororganisation „Graue Wölfe“!

Sicherung des Asylrechts für alle Demokraten aus der Türkei!
Wir rufen alle Demokraten unseres Landes auf: Solidarisiert Euch mit dem um seine Freiheit kämpfenden Volk der Türkei. Gewerkschafter des DGB, fordert die Freiheit der türkischen Gewerkschaften. Solidarität mit allen Demokraten der Türkei. Solidarität mit allen demokratischen türkischen Organisationen in der Bundesrepublik. Wir rufen zur Solidarität mit der Kommunistischen Partei der Türkei.

Während in der Türkei der Faschismus marschiert, wird es Bundeswehrsoldaten zugemutet, Seite an Seite mit türkischen Einheiten, die unter Befehl der Putschgenerale stehen, auf bundesdeutschem Boden in große NATO-Manöver zu ziehen. Wir verlangen den Abbruch dieses Manövers. Stopp der türkischen Faschisten und ihre Helfershelfer!

TÜRKIYE HALKINA ÖZGÜRLÜK

Türkiye'de sikiyönetim hüküm sürüyor. Faşist askersel darbe partileri kapattı, sendikaları yasakladı. Demokratlar ve sendikacılar üzerindeki tutuklama aşırı boyutlara tırmandı. NATO tankları kentlerin işçi mahallelerini kusattı. Faşist diktatörlük Türkiye halkının insan haklarını ayaklar altına alıyor. Alman Komünist Partisi (DKP) bu durumu şiddetle protesto ediyor. Bir kez daha vurguluyoruz:

— Federal hükümet milyarlar ve silahlarla Türk generallerine darbe için cesaret vermiştir.

— Türkiye'deki muhalefet lideri Ecevit'in faşist darbe tehlikesine karşı ikazlarına rağmen Federal Maliye Bakanı Matthöfer askersel yardımı örgütlemiştir.

— CDU/CSU sözcüsü Leisler Kiep ise şimdi darbeci generallere askersel alanda daha da yardım edileceğini söyledi.

Biz Federal hükümetten şunları istiyoruz: — Türkiye'ye her türlü ödeme durdurulmalıdır.

— Her türlü silah gönderimine son verilmelidir.

— Faşist terör örgütü „Bozkurtlar“ yasaklanmalıdır.

— Türkiyeli demokratların sığınma (azül) hakkı garanti altına alınmalıdır. Ülkemizin tüm demokratlarına sesleniyoruz:

Özgürlüğü uğruna savaşıma veren Türkiye halkıyla dayanışmaya geçin. DGB sendikacıları, Türkiyeli sendikacıların özür lüğünü isteyin. Tüm Türkiye demokratlarıyla dayanışmaya, Federal Almanya'daki tüm Türkiyeli demokratik örgütlerle dayanışmaya.

Sizleri Türkiye Komünist Partisi'yle dayanışmaya çağırıyoruz.

Türkiye'de faşizm hüküm sürerken Federal askerler, darbeci generallerin emri altındaki Türk birlikleriyle vanyana NATO manevralarına katılıyorlar. Bu manevralar durdurulmalıdır. Faşistleri ve destekçilerini durdurun! Alman komünist Partisi

Lesen und Schreiben hoffnungslos?

Verzweiflung herrschte bei vielen Eltern, deren Kinder in Diktaten eine 6 bzw. 5 nach der anderen nach Hause brachten. Vielleicht stießen sie dann per Zufall – oft natürlich durch ein Gespräch mit dem Deutschlehrer – auf das Wort LEGASTHENIE. Das war zumindest ein Hoffnungsschimmer dergestalt, daß das Kind nicht einfach wegen schlechter Leistungen in der Rechtschreibung den oft bitteren Weg in die Sonderschule antreten mußte. Denn die Sonderschule hat ihr Aufgabengebiet eben in der Betreuung lernbehinderter Kinder. Und das sind Legastheniker in diesem Sinne nicht.

Allerdings wurde in der Vergangenheit manch eine Legasthenie bei einem Schüler festgestellt, doch richtig geholfen werden konnte ihm nicht. Diese Praxis müßte eigentlich in Hessen seit Monaten schon der Vergangenheit angehören.

Es gibt einen Legasthenie-Erlaß. Er sieht vor, daß Legastheniker von der 2. Klasse an zusätzlich zu ihrem Fachunterricht in Fördergruppen von 6 bis 10 Schülern zusammenzufassen und zu betreuen sind. Damit effektiv gearbeitet werden kann, sind 4 bis 5 Wochenstunden anzusetzen, und zwar zusätzlich zum sonstigen Unterricht zu anderen Zeiten. Nun ist die Rechtslage für Kinder und Eltern klar, doch geschieht damit nicht automatisch etwas. Vielfach werden sich die Eltern um die Anerkennung ihres rechtschreibschwachen Kindes als Legastheniker bemühen müssen. Der Vorteil für das Kind besteht ja neben der zusätzlichen Förderung auch in der Tatsache, daß eine 5 oder 6 im Diktat oder in der Rechtschreibnote des Zeugnisses dann außer Bewertung bleibt.

Wie erkennt man die Legasthenie?

Als Faustregel kann gelten: Wenn ein Schüler des 2. Schuljahres im Rechenunterricht gut oder durchschnittlich mitkommt und auch im Sachunterricht gut oder durchschnittlich folgen kann, dann beachte man die Rechtschreibung. Sind die Rechtschreib-Leistungen mangelhaft oder gar ungenügend, dann dürfte eine Legasthenie vorliegen.

In einem Gespräch mit dem jeweiligen Deutsch-Lehrer kann man auf die Feststellungen hinweisen und vorschlagen, das Kind zu überprüfen. Heute gibt es an den meisten Schulen hierfür speziell ausgebildete Lehrer. Ansonsten steht der Schulpsychologe oder die Erziehungsberatungsstelle zur Verfügung. Ist Legasthenie festgestellt, müssen ent-

sprechende Kurse eingerichtet werden. Dies ist vielfach eine Aufgabe für die Aktivität der Elternbeiräte, denn oftmals muß die Forderung nach entsprechenden Lehrerzuweisungen erhoben und durchgesetzt werden. Doch sollte man sich hier gar nicht entmutigen lassen. Schließlich ist ja das Recht per Erlaß des Kultusministers auf der Seite der Eltern und Schüler. In diesen Erlaß kann man sogar im Schulsekretariat oder beim Schulleiter Einblick nehmen.

In erster Linie haben wir in unserem Artikel kurz die Grundschüler angesprochen. Je früher nämlich die Legasthenie

behandelt wird, desto günstiger für das Kind. Aber auch ein Schüler des 8. Schuljahres kann noch behandelt werden. Wer in die praktische Arbeit mit seinem Kind einsteigen will, findet hierzu eine Unzahl verschiedenster Literatur. Hier ist Vorsicht geboten. Es ist wirklich nicht alles Gold, was glänzt! Bedenkenlos empfehlen kann man für die praktische Arbeit der Eltern mit dem Kinder: TAMM, Lies mit uns, schreib mit uns. Das Buch gibt's für die 1./2. und 3./4. und 5./6. Jahrgangsstufe. Es ist oft eine Hilfe, ersetzt aber nicht, den eingangs dargestellten Förderunterricht.

Hoechst-Sprüche

Zur Erweckung eines günstigen Bildes gegenüber dem Großkonzern Farbwerke Hoechst werden kostenlos die farbigen Zeitungen „Blick auf Hoechst“ (Verantwortlicher Mitarbeiter ist dort Hugo Jung, CDU-Sprecher unserer Stadt) in die Briefkästen der Nachbargemeinden gesteckt. So werden die Anstrengungen des Betriebes in Sachen Umweltschutz groß herausgestellt und dabei verschleiert, daß Hoechst noch immer einer der größten Umweltsünder ist. In der letzten Ausgabe dieser Hoechst-Zeitung (Nr. 6/80) hat die Redaktion wieder einmal kraß die Unwahrheit verbreitet mit dem Artikelchen „Hauptaktionär: Die Belegschaft“. Der Ausdruck Hauptaktionär ist doch sicher so zu verstehen, daß er die meisten Aktien besitzt, daß er „das Sagen“ hat. Wenn dies so wäre, dann würde sicher folgendes passieren:

Die Aktionäre wählen den Aufsichtsrat, dieser bestellt den Vorstand und der Vorstand trifft alle wichtigen Entscheidungen. Da die Belegschaft die Aktienmehrheit hat, kämen also nur der Belegschaft genehme Entscheidungen zustande.

Der Widerspruch von Kapital und Arbeit wäre gelöst. Kein Wunder, daß die Hoechst AG dann nur dem Allgemeinwohl verpflichtet wäre und Umweltschutz und Eigenverantwortung groß geschrieben würden. Deshalb gäbe es keine Probleme bei der Einführung neuer Technologien und bei der Änderung von Arbeitsabläufen. Im Gegenteil, der wissenschaftlich-technische Fortschritt würde genutzt, um die Arbeitsbelastung zu verringern, um schwere körperliche oder monotone inhaltsleere Arbeit zu beseitigen. Die Arbeitszeit würde verkürzt. Mit anderen Worten, die Einführung von Computern, Prozeßrechnern, Datenbanken und Bildschirmgeräten nützte dann in erster Linie der Belegschaft. Angst vor Abqualifizierung oder gar Abgruppierung gäbe es nicht. Kurzarbeit und Entlassungen wären Fremdworte.

In Hoechst also alles in bester Ordnung? Ein kleines Paradies? Weit gefehlt!

Obwohl die Belegschaft angeblich die Aktienmehrheit hat, finden wir als Vertreter der Aktionäre unter anderen folgende Personen: den Aufsichtsratsvorsitzenden der Dresdner Bank, den Aufsichtsratsvorsitzenden der Commerzbank, den Vorstandsvorsitzenden der Mannesmann AG!

Entsprechend sieht die Geschäftsführung des Vorstandes aus. Er paktiert mit dem faschistischen Regime in Chile und den Rassisten in Südafrika. Die Hoechst AG zählte zu den Unternehmen, die gegen das Mitbestimmungsgesetz von 1976 klagten. Trotz zahlloser Umweltskandale lehnt das Unternehmen jegliche Kontrollen ab. Und die Sicherheit der Arbeitsplätze? Ab Oktober müssen fast 3000 Kollegen der Hoechst AG – trotz guter Geschäftslage und optimistischer Prognosen – kurzarbeiten.

So schön das klingt: „Hauptaktionär Belegschaft“ – so können die Probleme wohl doch nicht gelöst werden. Arbeiterrecht kann man nicht kaufen. Nicht stückchenweise und nicht als Aktien – auch nicht als Belegschaftsaktien!

Arbeiterrechte mußten schon immer erkämpft werden.

Überhaupt, nimmt man den Bleistift zur Hand und rechnet einmal nach, dann kommt man zu dem Schluß, daß der Beschäftigte, der 17 Aktien gekauft hat, dafür 1340 Mark ausgab. Bei zehnprozentiger Dividende erhält er dafür 85 Mark im Jahr. Das ist eine Verzinsung des Anlagenkapitals von 6,3 %. Festverzinsliche Wertpapiere stehen heute bei einer Rendite von über 8 %. Dies bedeutet also ein günstiges Darlehen der Beschäftigten zugunsten des Konzerns, quasi Investivlohn. Verkauf der Beschäftigte die Aktien, macht er zwar einen Gewinn (ca. 600 Mark), weil er die Papiere zum Vorzugskurs bekam, doch ist er dann auch nicht mehr „Mitbesitzer“ des Konzerns. Die Spekulation der Konzerne ist einfach. Das scheinbare „Mitbesitzen“ soll das Bewußtsein der Arbeiter und Angestellten verändern. Man will Ruhe im Betrieb und keine kritischen Kolleginnen und Kollegen.

JEDER der die Gesellschaft verändern, den Sozialismus will, gehört in die DKP

LESERBRIEF

„Die Bevölkerung ist hier
ziemlich scharf...“

Am 3. September gegen 10 Uhr bog ein amerikanisches Panzerbataillon mit Kampfpanzern M48A2 und Schützenpanzerwagen M113 von der A 67 auf die B 468 Richtung Mönchbruch ein und bezog Stellung im Wald beiderseits der B 486. Gegen 15 Uhr sammelte sich das Bataillon wieder auf der Straße und fuhr zurück zur Autobahn, auf die es in Richtung Mainz auffuhr. Die Aktion wurde von deutscher Polizei und US-Militärpolizei abgesichert. Auf deutscher Seite beteiligte sich dabei auch ein Zivilfahrzeug Opel Commodore, weiß, Kennzeichen ERB-RD 63, mit Klappschild „Polizei“ und „Kojak“-Blaulicht. Der Sergeant Edert, Luxemburger, seit 24 Jahren bei der US-Armee, in Wiesbaden stationiert, beobachtete das Manöver aus einem blauen VW mit grünem Kennzeichen.

Er erklärte, daß dies eine überraschende Alarmübung für das Panzerbataillon gewesen sei, die nicht im Zusammenhang mit dem REFORGER-Manöver stehe. Niemand sei vorher informiert worden. Wörtlich erklärte Sgt. Edert: „Normal machen wir das nicht. Die Bevölkerung in dieser Gegend ist ziemlich scharf, auch wegen der Nord-Süd-Startbahn und so. Normalerweise kommen wir hier nicht her, ohne vorher alles sehr genau abgesprochen zu haben“. Er erklärte weiter, er habe gegen 15 Uhr den Forstmeister Klier erwischt, um mit ihm über Manöverschäden zu reden. Das Manöver führte zu Verwüstungen verschiedener Waldwege, riesige Sandhaufen wurden durch Kettenfahrzeuge auf die B 486 geschleudert und bildeten ernsthafte Verkehrshindernisse. Gegen 3 Uhr bildete sich ein Stau von der Autobahnbrücke Rüsselsheim bis Mönchbruch, der Verkehr stand etwa 15 Minuten still. Der Abmarsch der Einheiten wurde von einem Armeehubschrauber beobachtet.



Mörfelden gestern

Mörfelder Kerb 1911. Ein Bild zum Nachdenken. Die Kerbeburschen mit der traditionellen Mütze, mit ihrem „Kerbevater“ im Hof einer alten Gaststätte, vor dem Scheunentor. Auf dem Schild, in der Mitte des Kranzes über dem Bierfaß, ist zu lesen: „Proletarier aller Länder vereinigt Euch“.
Welch ein Klassenbewußtsein – es hätte Kriege verhindern können, wenn es sich weltweit verbreitet hätte. Heute würden viele sagen, das ist Politik, das hat mit der Kerb nichts zu tun. Sahen die 18- bis 19-jährigen den drei Jahre später beginnenden 1. Weltkrieg schon voraus? Wußten Sie, daß einige unter ihnen den Krieg nicht überleben würden? Als man sie 1914 einzog, rief der Kaiser: „Ich kenne keine Parteien mehr, ich kenne nur noch Deutsche!“ Und die Sozialdemokraten bewilligten die Kriegskredite.